

Yanis Varoufakis im Interview – Trumps Zölle, Deutschlands Wirtschaft, Marine Le Pen und die Ukraine

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank für Ihr Interesse und willkommen zurück zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Bevor ich mit diesem Interview beginne, möchte ich Sie daran erinnern, unseren alternativen Kanälen auf Rumble und Telegram beizutreten. YouTube, das zu Google gehört, kann uns jederzeit mit einem Shadowban belegen und zensieren. Tatsächlich ist unsere Reichweite auf YouTube seit März erheblich zurückgegangen, und wir vermuten, dass wir mit einem Shadowban belegt wurden. Sollte es jemals zu einer Zensur kommen, können wir Sie nicht mehr mit unseren Inhalten erreichen, geschweige denn mit einer Ankündigung. Daher bitten wir alle unsere Zuschauer vorsorglich, diesen alternativen Kanälen beizutreten. Die Links zu allen Kanälen finden Sie in der Beschreibung dieses Videos. Heute werde ich Yanis Varoufakis zu einer Reihe von politischen und wirtschaftlichen Themen interviewen. Yanis Varoufakis ist der ehemalige Finanzminister Griechenlands und Generalsekretär von Democracy in Europe Movement 2025. Yanis ist außerdem Bestsellerautor, renommierter Wirtschaftswissenschaftler und bekannter Intellektueller. Yanis, willkommen zurück in der Show.

Yanis Varoufakis (YV): Es ist toll, wieder hier zu sein. Danke, Zain.

ZR: Beginnen wir mit Ihrem Fall. Im April 2024 wurde Ihnen die Einreise nach Deutschland verweigert, als Sie über Zoom am Palästina-Kongress in Berlin teilnehmen wollten, der von Ihrer Bewegung DiEM25 und der Jewish Voice for a Just Peace in the Middle East organisiert wurde. Damals kündigten Sie an, rechtliche Schritte gegen den deutschen Staat einzuleiten. Im Februar 2025 nahmen Sie dann an einer Antikriegsdemonstration teil und hielten in München eine Rede gegen die Münchner Sicherheitskonferenz. Könnten Sie unsere Zuschauer kurz über Ihren Fall informieren und darüber, wie Sie nach Deutschland zurückkehren konnten?

YV: Ich bin mir nicht sicher, wie genau ich nach Deutschland zurückkehren konnte, denn der deutsche Staat hat diesen Fall absolut erbärmlich gehandhabt. Es wäre fast schon komisch,

wenn es nicht so verdammt ernst wäre. Ich möchte die Geschichte für unsere Zuhörer mehr oder weniger von Anfang an erzählen. Ich habe nie eine Benachrichtigung von den deutschen Behörden erhalten, dass ich aus Deutschland verbannt wurde. Es waren unsere Organisatoren, die Organisatoren von DiEM25 und MERA25, denen ein hochrangiger Polizeibeamter in Berlin Folgendes mitteilte: Wenn ihr es wagt, bei einer Demonstration irgendeine Art Audiomaterial abzuspielen, bei dem meine Stimme zu hören ist – denn ich hatte wegen der von Ihnen erwähnten Konferenz über Palästina ein Verbot erhalten –, würden sie dafür haftbar gemacht werden; die Demonstration würde haftbar gemacht werden, wenn meine Stimme zu hören wäre. Und ich wurde sogar von Zoom gesperrt, dem Medium, das wir jetzt für die Kommunikation nutzen. Also bat ich sofort meinen Anwalt in Berlin, den Behörden zu schreiben und um Klärung zu bitten. Zunächst hieß es, es gäbe kein solches Verbot. Als dann die Frankfurter Allgemeine Zeitung Berichte veröffentlichte, dass ein solches Verbot bestehen, wobei ihre Fakten natürlich sehr gut mit den Sicherheitskräften der Bundesrepublik verknüpft sind, räumten sie ein, dass es ein Verbot gab. Also schrieb mein Anwalt sehr höflich einen Brief und bat um Auskunft zu drei Fragen. Erstens: Wer hat Varoufakis Zutritt untersagt? War es die Polizei? War es das Ministerium? War es Gott? Wer war es? Zweitens: Wann wurde ihm der Zutritt untersagt? Und drittens: Was war der Grund dafür? Mein Anwalt erhielt sehr schnell eine freundliche E-Mail, in der es hieß, dass unsere Fragen innerhalb von 48 Stunden schriftlich beantwortet würden. Wir dachten, na toll, das ist interessant, mal sehen, was sie zu sagen haben. 48 Stunden später erhielt ich über meinen Anwalt einen Brief mit folgendem Inhalt: Herr Varoufakis, wir werden diese drei Fragen nicht beantworten, da dies die nationale Sicherheit Deutschlands gefährden würde. Und – hören Sie sich das an – sie hatten die idiotische Eingebung hinzuzufügen, dass die Beantwortung meiner Anfragen, wann ich mit einem Verbot belegt wurde, warum ich mit einem Verbot belegt wurde und von wem, die Art und Weise der Zusammenarbeit der deutschen Geheimdienste mit ausländischen Geheimdiensten gefährden würde. Ich bin ein europäischer Bürger, ich habe das Recht zu erfahren, wer mich aus welchem Grund beschuldigt und wann und von wem ich mit einem Verbot belegt wurde. Wie Sie sehen, ist dieser Gerichtsfall reizvoll, denn wir verklagen die deutschen Behörden nicht einmal aufgrund des Verbots, sondern wegen etwas, das sie unmöglich hinnehmen können, weil es gegen ihre eigenen Regeln verstößt, da sie ihr eigenes Wort gebrochen haben, Antworten auf meine Fragen zu geben. In dem Gerichtsverfahren geht es also um die Frage, warum Sie es mir nicht mitteilen? Mit welchem Recht verweigern Sie mir die Kommunikation, wenn ich von einem Menschen aus welchem Grund auch immer mit einem Verbot belegt wurde? Dieser Fall ist also noch nicht abgeschlossen. Ich werde ihn bis zum Ende verhandeln. Wenn ich die Angelegenheit vor europäische Gerichte bringen muss, werde ich das tun. Denn hier geht es nicht um mich. Hier geht es um Sie. Es geht um alle, die zuhören. Es geht um den Totalitarismus in Deutschland, das sich wieder aufrüstet. Muss ich das noch einmal sagen? Totalitarismus in einem sich wieder aufrüstenden Deutschland. Ich meine, der eisige Wind bläst stärker als je zuvor.

ZR: Wir werden diesen Fall aufmerksam verfolgen, aber lassen Sie uns hier das Thema wechseln und uns einige wirtschaftliche Fragen ansehen. Ich hoffe, dass diese Zahlen aktuell sind, da sie sich täglich, wenn nicht sogar stündlich ändern. Anfang April kündigte US-Präsident Donald Trump umfassende neue Maßnahmen im Bereich des Handels an, die er

als, Zitat, „Tag der Befreiung“ durch Zölle bezeichnete. Er führte einen universellen Zoll von 10 % auf Importe aus fast allen Ländern ein, zusammen mit zusätzlichen länderspezifischen Abgaben für etwa 90 Nationen. Vor allem China, das bereits Zöllen von 20 % unterliegt, wurde mit zusätzlichen 34 % belastet, was die Gesamtsumme auf 54 % erhöht. Als Vergeltungsmaßnahme verhängte China mit Wirkung zum 10. April einen Zoll von 34 % auf alle US-Importe und bezeichnete die Maßnahme als Verstoß gegen internationale Handelsregeln. Nach mehreren Eskalationen haben die USA ihre Gesamtzölle auf chinesische Importe nun auf 125 % erhöht. Die Europäische Union wurde unterdessen mit einem Zoll von 25 % belegt und bezeichnete diesen Schritt als „rechtswidrig und kontraproduktiv“. Zum 9. April hatte die EU Vergeltungszölle auf US-Waren im Wert von 23 Milliarden US-Dollar genehmigt. Brüssel hat ein Null-zu-Null-Zollabkommen für Industriegüter vorgeschlagen, das jedoch von Präsident Trump als unzureichend abgelehnt wurde. In den Medien wird uns weitgehend das Narrativ präsentiert, dass Trumps Politik die Globalisierung bedrohe, die in den letzten Jahrzehnten weltweit zu einer Verbesserung des Lebensstandards geführt habe. Was ist Ihrer Meinung nach der Antrieb für Trumps Zollpolitik, und glauben Sie, dass sie der Produktionsbasis der USA helfen könnte, oder wird sie letztlich die Arbeiterklasse sowohl im eigenen Land als auch weltweit verarmen lassen?

YV: Im Grunde geht es hier um zwei Fragen: Erstens, was will Trump? Zweitens, wie steht es um Europa in dieser neuen Trump-Welt? Das sind zwei ganz verschiedene Fragen. Lassen Sie mich zunächst mit dem ersten Thema beginnen: Was will er? Zunächst einmal ist es bemerkenswert, dass unsere Staats- und Regierungschefs, wenn man sie so nennen kann, Personen wie Merz, wie Scholz vor ihm, Macron, diese Zentristen, in einem Zustand der Panik absolut keine Ahnung hatten, wie sie auf Donald Trump reagieren sollten, oder wie sie auf die bröckelnde industrielle Infrastruktur Europas reagieren sollten, bevor Trump gewählt wurde, wobei jetzt eine negative Entwicklung durch Trumps Widerspenstigkeit und seine Aggression gegenüber der Europäischen Union, und insbesondere gegenüber Deutschland, noch viel, viel schlimmer geworden ist.

Was will Trump also? Trump schaut sich die Welt an und sagt: Okay, ich werde euch jetzt auf die gleiche Weise schockieren, wie Richard Nixon es 1971 getan hat. Und es ist wichtig, mit 1971 zu beginnen, weil die Vereinigten Staaten damals mit der Aussicht auf eine Entartung konfrontiert waren, weil sie von einer Überschussposition in eine Defizitposition gerieten; denn im Wesentlichen wurden die Vereinigten Staaten Ende der 1960er Jahre zu einem Defizitland.

Und wir wissen aus der Erfahrung mit dem Britischen Imperium, dem Niederländischen Imperium, dem Spanischen Imperium, dem Portugiesischen Imperium und dem Römischen Reich, dass jedes Imperium, das von einem Überschuss in ein Defizit übergeht, zu verfallen beginnt. Nixon und insbesondere Nixons Team, sehr kluge Leute um Nixon herum – der selbst nicht so klug war – stellten sich also eine ganz einfache Frage: Wie können wir eine Hegemonie aufrechterhalten, wenn wir Defizite haben? Die Antwort, lautete: Wir vergrößern die Defizite und lassen den Rest der Welt dafür bezahlen. Das war der Nixon-Schock. Genau das ist passiert. Denken Sie darüber nach. Von den 1970er Jahren bis heute gibt es einen

düsteren Deal, einen faustischen Pakt zwischen den Vereinigten Staaten und den Kapitalisten Europas und Asiens. Und das ist es. Das Handelsdefizit der Vereinigten Staaten wird immer größer. Es funktioniert wie ein riesiger Staubsauger, der die Nettoexporte Deutschlands, Japans, Chinas usw. in die Vereinigten Staaten saugt, und diese Kapitalisten, die Deutschen, Chinesen, Japaner, werden in Dollar bezahlt. Und was machen sie mit den Dollars? Nun, das meiste davon schicken sie zurück nach New York, um es in Form von Staatsschulden, amerikanischen Staatsschulden, zu recyceln. Im Grunde genommen finanzieren die ausländischen Kapitalisten also die amerikanische Regierung. Und sie kaufen Aktien, sie kaufen Immobilien. Der amerikanischen Rentierklasse geht es also auf Kosten der amerikanischen Arbeiterklasse und der amerikanischen Produktion, die immer weiter schrumpft und sinkt, hervorragend. Und Trump begutachtet dies und sagt: Es gefällt mir, aber es kann nicht mehr lange so weitergehen. Denn wenn man diese riesige Dollar-Sphäre auf der ganzen Welt hat, vor allem, wenn man bedenkt, dass wir etwa 26-27 Billionen Dollar, 26-27.000 Milliarden Dollar in den Händen von Ausländern, Nicht-Amerikanern haben, aber die amerikanische Produktion ist winzig, dann ist der Parasit viel größer als der eigentliche Wirt, auf dem er parasitär lebt.

Und er sagt, nun, ich werde hier wieder Arbeitsplätze schaffen, Arbeitsplätze in der Produktion, wie bei BMW, Siemens, kommt in die Vereinigten Staaten, wenn ihr überleben wollt; das ist seine Botschaft. Und er setzt die Schock-Taktik der Zölle ein, wie Nixon es tat. Aber die Zölle sind nicht per se das Instrument, sie sind nicht das Ziel. Das Ziel ist es, die Deutschen, die Japaner, die Chinesen, die Saudis, die all diese Dollar-Vorräte haben, dazu zu bringen, ihre Dollar zu verkaufen, ohne dafür andere ausländische Währungen zu kaufen. Er will nicht, dass der Dollar sein exorbitantes Privileg verliert – die Tatsache, dass er die Weltwährung ist –, vielmehr sollen sie langfristige amerikanische Schuldtitel kaufen, er will, dass sie Bitcoin kaufen, was auch immer. Verkaufen Sie einfach den Dollar, damit der Dollar an Wert verliert, damit die amerikanischen Exporte steigen und die amerikanischen Importe sinken können. Das ist es, was er will. Ob er damit Erfolg haben wird oder nicht, werden wir abwarten müssen.

Aber in diesem Zusammenhang, um zur zweiten mitschwingende Frage zu kommen: Was kann Europa in dieser Angelegenheit tun? Definitiv nicht das, was Europa derzeit unternimmt, nämlich mehr oder weniger nichts. Ursula von der Leyen sprach anfangs mit viel Prahlerei von sehr starken Vergeltungsmaßnahmen. Davon haben wir nichts gesehen. Man kann keine Vergeltung üben, wenn man mit den Vereinigten Staaten einen Überschuss von 240.000 Milliarden Dollar erwirtschaftet. Man kann die Vereinigten Staaten nicht in einem Zollkrieg besiegen, man muss es hinnehmen und akzeptieren. Was Europa tun sollte, ist, das bereits bröckelnde Industriemodell auf den Kopf zu stellen. Das deutsche Wirtschaftsmodell ist kaputt, es ist am Ende. Wir müssen es also abschaffen und im Wesentlichen verstehen, dass wir die Investitionen in ganz Europa, in Deutschland, aber auch in ganz Europa massiv ankurbeln müssen, um die Gesamtnachfrage zu steigern, damit all die tollen Produkte, die deutsche Hersteller in die Vereinigten Staaten verkaufen, innerhalb der Europäischen Union abgesetzt werden können. Aber dafür ist ein massives Investitionsprogramm erforderlich, wie ich es seit 2000/2001 befürworte, wodurch ich inzwischen sehr gealtert bin. Aber das wird

nicht umgesetzt. Darüber wird nicht einmal nachgedacht. Sie sind nicht einmal in der Lage, einen Ausweg aus einer Papiertüte zu gestalten. Es ist bemerkenswert, wie viel geistige Leere und schiere, raffinierte Dummheit in unserer Führung steckt.

ZR: Sie haben über Deutschland gesprochen. Das Land steht vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen, darunter zwei Jahre in Folge eine Schrumpfung der Wirtschaft und eine herabgesetzte Wachstumsprognose von nur 0,1 Prozent für 2025. Als Reaktion auf all diese Herausforderungen hat die neu gebildete Koalitionsregierung aus Christlich-Demokratischer Union (CDU), Christlich-Sozialer Union (CSU) und Sozialdemokratischer Union (SPD) nach wochenlangen Verhandlungen kürzlich einen Koalitionsvertrag unterzeichnet, der den Titel „*Verantwortung für Deutschland*“ trägt. Ihr Wirtschaftsplan sieht Steuererleichterungen für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen, schrittweise Senkungen der Körperschaftssteuer, Energiepreissenkungen und die Schaffung eines 500-Milliarden-Euro-Fonds über die nächsten zehn Jahre für Investitionen in Infrastruktur, Verkehr, Energie und Gesundheitswesen vor. Darüber hinaus werden Verteidigungsausgaben von mehr als 1% des BIP von der verfassungsmäßigen Schuldenbremse ausgenommen und 100 Milliarden Euro werden dem Klima- und Transformationsfonds hinzugefügt. Außerdem ist die Einrichtung eines neuen Ministeriums für Digitalisierung geplant. Sie haben darüber gesprochen, dass Europa investieren muss, insbesondere Deutschland. Glauben Sie, dass dieser Wirtschaftsplan einen umfassenden Ausblick darauf bietet, wie die Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, bewältigt werden können?

YV: Man muss sich nur ihre Gesichter während dieser Aussagen anschauen. Sie glauben es doch selbst nicht. Niemand glaubt ihnen. Dies ist das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dass eine Regierung an Beliebtheit verliert, noch bevor sie gebildet wurde. Die Alternative für Deutschland liegt in den Meinungsumfragen bereits weit vor ihnen. Durch die Bildung einer weiteren großen Koalition, um alle Parteien darin unterzubringen, insbesondere die Sozialdemokraten, aber auch die Grünen, die für die Verfassungsänderung zur Schuldenbremse notwendig waren, damit sie effektiv große Summen an Rheinmetall für die Produktion von Panzern ausgeben können, die niemand braucht, um diese Regierung und diese Verfassungsänderung zu erreichen, mussten sich praktisch auf eine Politik des Nichtstuns festlegen, die den eigentlichen grundlegenden strukturellen Zweck der deutschen Wirtschaft, das Ende der europäischen Wirtschaft betrifft. Die Infrastruktur, die grüne Infrastruktur, wenn man sie sich ansieht, wird sie in den nächsten fünf, sechs Jahren nur tröpfchenweise kommen. Sie wird keinen nennenswerten Einfluss auf die Kapazität Deutschlands zur Erzeugung grüner Energie haben. Im Jahr 2000 kamen die besten Solarzellen der Welt aus Deutschland. Heute können die Deutschen keine Solarzellen mehr produzieren, weil sie nichts investiert haben. Diese Kombination aus jahrelanger Sparpolitik und Gelddrucken für die Reichen hat praktisch zu einem Investitionsstreik geführt. Und jetzt ist die einzige ernsthafte Investition, über die sie wirklich sprechen, die Investition in die Übernahme und Umwandlung von Volkswagen-Werken, die keine Autos mehr produzieren können, die mit BYD, Tesla oder anderen konkurrieren können, in Rheinmetall-Produktionslinien für Panzer, die völlig nutzlos sind und bei denen man sich fragt, wie viele man davon produzieren will?! Selbst wenn man 10.000 Einheiten produziert,

stellt man nach einer Weile die Produktion ein, denn das ist nicht nachhaltig. Es sei denn, Europa führt jedes Jahr einen Krieg, so wie die Amerikaner. Und ich hoffe, dass wir das nicht tun. Wir wurden als Friedensprojekt konzipiert, wenn ich mich recht erinnere. Nein, diese Regierung hat schon vor ihrem Amtsantritt versagt, all diese Ankündigungen sind irrelevant. Und worauf soll das hinauslaufen? Wo liegt der eigentliche Schlüssel? Der eigentliche Schlüssel liegt in der grünen Technologie. Er liegt im Cloud-Kapital, in der KI, im Netzwerkkapital. Er liegt in der Schaffung einer Kapazität, um Ihre große Technologie mit Ihren großen Finanzzahlungssystemen zusammenzuführen. Hier liegt die Zukunft. Wird auch nur ein Teil dieses Geldes dafür verwendet? Nein, nichts davon. Lassen Sie mich das in Form einer Metapher oder Analogie ausdrücken. In den 1970er Jahren gab es diese Unternehmen, deutsche Unternehmen, italienische Unternehmen, die wirklich schöne elektrische Schreibmaschinen herstellten, bevor es PCs gab, richtig? Dann kam der PC. Nun waren diese elektrischen Schreibmaschinen dem Untergang geweiht. Es gab nichts, was sie vor dem Aussterben bewahren konnte. Nichts, nichts, nichts. Es spielte keine Rolle, wie viele Subventionen der Staat ihnen gewährte, wie sehr sie die Löhne der Arbeiter, die diese elektrischen Schreibmaschinen herstellten, drückten, der PC würde sie vernichten. Dasselbe gilt jetzt für Elektrofahrzeuge, im Vergleich zu den altmodischen Volkswagen und so weiter, Cloud-Kapital und dergleichen. Und es gibt kaum Investitionen in all diese Bereiche. Außerdem bräuchte man, damit das Ganze funktioniert, eine europaweite Einrichtung, eine europaweite Investitionssäule. In Europa gibt es die Europäische Zentralbank, die die Säule der Währungsstabilität darstellt. Eine Investitionssäule gibt es nicht. In den Vereinigten Staaten gibt es sie. Es ist der militärisch-industrielle Komplex, den sie durch einen Krieg nach dem anderen, einschließlich der Ukraine, am Laufen halten. Auch in China ist sie vorhanden. In Europa haben wir sie nicht. Und das Schlimmste daran ist, dass wir nicht einmal darüber diskutieren. Es gibt die Renationalisierung der Politik, als ob Merz erkennen könnte – Merz muss erkennen, dass er völlig, absolut machtlos ist. Er befindet sich jetzt in einer Situation, in der sich Griechenland vor 20 Jahren befand. Er ist an die Grenzen seiner finanziellen Möglichkeiten gestoßen. Und selbst wenn er sich weiterhin Geld leiht, verschuldet er damit nur die Bundesrepublik, ohne das Wachstum in den Bereichen zu schaffen, die für die Zukunft entscheidend sind. Ich befürchte also sehr, dass die Jahre von Merkel und Schäuble unauslöschliche Spuren hinterlassen haben, die die Sozialwirtschaft Deutschlands schwer getroffen haben, und diese neue Riege ist einfach zu inkompotent, es mangelt ihr an Ideen, es fehlt ihnen an politischem Willen, auf gesamteuropäischer Ebene das zu tun, was notwendig ist, um Europa in einer Welt, die einerseits von den Vereinigten Staaten unter Donald Trump und andererseits von einem sehr ernsten, sehr erwachsenen, sehr klar denkenden China dominiert wird, wieder lebensfähig zu machen.

ZR: Werfen wir einen Blick auf unseren Nachbarn Frankreich und einige politische Entwicklungen dort. Marine Le Pen, Vorsitzende der rechtsextremen französischen Partei „Rassemblement National“, wurde kürzlich wegen Veruntreuung von etwa 4,4 Millionen Euro an Mitteln des Europäischen Parlaments verurteilt. Nach Angaben des Gerichts wurden diese Gelder zwischen 2004 und 2016 zweckentfremdet, um Personen zu bezahlen, die in Wirklichkeit für ihre Partei in Frankreich arbeiteten. Sie wurde zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, von denen zwei zur Bewährung ausgesetzt wurden, und erhielt ein fünfjähriges

Verbot, ein öffentliches Amt anzutreten, wodurch sie effektiv von der Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen 2027 ausgeschlossen ist, obwohl sie als Spitzenkandidatin gilt. Dieses Urteil hat eine Debatte über Konsequenz und Verhältnismäßigkeit ausgelöst, und einige Kritiker argumentieren, dass es politisch motiviert sei, insbesondere im Vergleich zu früheren Korruptionsfällen in Frankreich, in die hochrangige Politiker wie Jacques Chirac, Nicolas Sarkozy, Francois Fillon oder Christine Lagarde verwickelt waren. Jean-Luc Mélenchon, Vorsitzender der linksgerichteten A-SU-Mis (zu Deutsch: Rebellisches Frankreich), hat sich zu dem Fall auf X geäußert und getwittert, dass die Entscheidung, einen gewählten Amtsträger seines Amtes zu entheben, beim Volk liegen sollte. Viele Linke und Liberale haben das Urteil jedoch gefeiert und begrüßt und größtenteils bekundet, dass sie es verdient habe, aufgrund ihrer Heuchelei oder ihrer fremdenfeindlichen und nationalistischen Ansichten. Wie stehen Sie zu diesem Fall? Sollten Gerichte befugt sein, politische Rechte zu entziehen, insbesondere bei Angelegenheiten, die für prominente und politische Führungspersönlichkeiten von großer Bedeutung sind?

YV: Ich mache einen sehr scharfen Unterschied zwischen der Entscheidung des Gerichts über die Schuld oder Unschuld einer Person, die eines Verbrechens angeklagt ist, denn das ist Sache der Gerichte. Das ist nicht meine Aufgabe als Politiker, aber ich ziehe eine klare Grenze zwischen dieser Entscheidung und dem Entzug politischer Rechte. Letzteres sollte kein Richter beschließen dürfen. Lassen Sie mich eine Parallele ziehen. Donald Trump: Es gab einen Versuch der Demokraten, ihn ins Gefängnis zu bringen. Ein Richter aus New York kam der Verurteilung sehr nahe, aber eine kleinere Seite scheiterte, und anstatt ihn zu schwächen, machte sie ihn zu dem Monster, das er heute ist, das im Weißen Haus sitzt und unseren eigenen politischen Führern einen Schlag nach dem anderen versetzt – damit schließe ich diesen Gedankengang. Aber selbst wenn es diesem Richter gelungen wäre, Donald Trump zu inhaftieren, könnte Donald Trump in den Vereinigten Staaten immer noch aus dem Gefängnis heraus für das Präsidentenamt kandidieren. Und ich denke, das ist richtig und angemessen. Denn wenn wir es als Progressive, ja sogar als Liberale, mit der Gewaltenteilung wirklich ernst meinen, dann sollte der politische Bereich völlig vom juristischen Bereich getrennt sein. Ja, der Richter hatte das Recht, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, über die Schuld oder Unschuld von Marine Le Pen zu urteilen, aber er durfte sie nicht aus der Politik ausschließen, bevor sie ihr Recht auf Berufung ausgeübt hat. Denn ich möchte Sie an Lula da Silva in Brasilien erinnern, dem die Teilnahme an Wahlen untersagt wurde, weil er verurteilt wurde, weil er angeklagt und von einem Scheingericht für schuldig befunden wurde. Bolsonaro konnte sich durchsetzen, er hat viel Schaden angerichtet, dieser Faschist, weil er an die Macht gewählt wurde, als Lula inhaftiert war, ihm die Teilnahme an den Wahlen untersagt wurde und dann, als Bolsonaro Präsident war, das Berufungsgericht den Fall abgewiesen hat. Ich mache dieses Argument gegenüber liberalen Freunden geltend, die sagen: Oh, wenn sie schuldig ist, sollte sie ins Gefängnis gehen. Ich stimme zu, lasst sie ins Gefängnis gehen. Aber hindern Sie sie nicht daran, bei den Wahlen zu kandidieren. Ich erinnere mich daran, dass im Jahr 1981 oder 82, als ich ein junger Mann war, Bobby Sands, ein verurteilter IRA-Mann, wegen Terrorismus in einer Zelle in dem schrecklichen Hochsicherheitsgefängnis Maze in Nordirland schmorte und für das Parlament kandidierte.

Und er hat einen Sitz gewonnen. Und Menschen fragen mich: Was ist, wenn jemand wegen Mordes angeklagt und verurteilt wurde? Lassen wir sie kandidieren, und wenn die Menschen sie oder ihn wählen, obwohl sie von der Verurteilung wissen, dann haben wir eine Verfassungskrise. Aber wir verdienen diese Verfassungskrise und müssen sie lösen. Wir können es nicht den Richtern überlassen, diese Angelegenheit zu klären. Was schließlich den Fall Marine Le Pen betrifft, so stellt sich die Frage, ob sie schuldig ist oder nicht. Nun, ich bin kein Richter und auch kein Geschworener, aber ich möchte Ihnen meine persönliche Meinung sagen. Ich denke, sie ist schuldig. Aber das gilt auch für fast alle anderen Mitglieder des Europäischen Parlaments. Für unsere Zuhörer: Wenn Sie ein MdEP sind, erhalten Sie jeden Monat etwa 31.000 Euro, die Sie für Mitarbeiter ausgeben können. Sie stellen also einen persönlichen Assistenten, einen Forscher, jemanden in Ihrem Heimatland ein, der dort Ihr Büro leitet, einen Wahlkreismitarbeiter, und es bleiben immer noch Tausende von Euro übrig. Und dann kommt die Partei, das passiert den Sozialisten, den Christdemokraten, quer durch das Spektrum der Mitglieder des Europäischen Parlaments, die einen Weg zur Rückführung des Geldes in die Heimat findet. Das machen sie alle. Heißt das nun, dass sie unschuldig ist? Nein, das heißt es nicht. Aber es bedeutet, dass die Richter selektive Gerechtigkeit geübt haben. Und kein Liberaler, kein Demokrat sollte das hinnehmen, nur weil einem ihre Politik nicht gefällt. Ich möchte, dass Le Pen untergeht, nicht nur, dass sie abgesetzt wird. Ich möchte, dass sie an der Wahlurne untergeht. Aber wenn wir nicht bereit sind, die politischen Rechte unserer Gegner zu verteidigen, dann verdienen wir die Bezeichnung progressive, liberale, linksgerichtete Sozialisten nicht.

ZR: Ich möchte hier noch einmal das Thema wechseln und auf den Krieg in der Ukraine eingehen. Während des Wahlkampfs war Donald Trump recht optimistisch, was die Beendigung des Krieges in der Ukraine anging, und erklärte sogar, er würde dies innerhalb von 24 Stunden nach seinem Amtsantritt erreichen. Seit seinem Amtsantritt scheint seine Regierung jedoch ziemliche Schwierigkeiten zu haben. Die USA haben bisher schrittweise versucht, einen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine im Schwarzen Meer und eine Pause bei den Angriffen auf die Energieinfrastruktur des jeweils anderen zu erreichen. Dennoch gehen die Kämpfe vor Ort, ob mit Drohnen oder Raketen, täglich unvermindert weiter. Russlands Präsident Putin hat vorgeschlagen, die Ukraine unter eine vorübergehende UN-Verwaltung zu stellen und Neuwahlen abzuhalten. Außerdem kündigte er vor Kurzem die Mobilisierung von 160.000 Mann für die russische Armee vor dem Vormarsch im Sommer an. Auf der anderen Seite arbeiten europäische Staats- und Regierungschefs, angeführt von Frankreich und dem Vereinigten Königreich, an einer sogenannten Koalition der Willigen, die der Ukraine im Falle eines Waffenstillstands Sicherheitsgarantien in Form von Friedenstruppen bieten soll. Russland betrachtet dies mit großer Skepsis und bezeichnet es als einen angelsächsischen Plan für eine Militärintervention unter dem Deckmantel einer Friedensmission. Was halten Sie von all dieser Verwirrung und diesem Drama und den verschiedenen vorgebrachten Ansätzen? Glauben Sie, dass der Ukraine-Krieg unter Trump ein Ende finden wird, oder sehen wir nur, wie verschiedene Parteien sich gegenseitig blockieren, um ihre politischen Interessen zu fördern?

YV: Natürlich ist Letzteres der Fall, das ist ein wesentlicher Bestandteil jedes Krieges, jede

Seite verfolgt ihre eigenen Interessen, einige davon klüger und andere eher weniger. Lassen Sie mich eines ganz klar sagen: Dieser Krieg ist sinnlos. Während wir hier sprechen, tötet dieser Krieg jeden Tag Tausende von Menschen, ohne dass dies tatsächlich etwas bewirkt. Es ist wie eine Kombination aus dem Ersten Weltkrieg, einem Grabenkrieg, und Drohnen. Tausende sterben, und jede Woche oder alle drei Wochen wechseln ein paar Dörfer die Hand. Das ist ihre Definition von organisierter, orchestrierter Menschenfeindlichkeit. Das muss aufhören. Gestern hätten wir einen Waffenstillstand gebraucht, wir hätten ihn vor drei Jahren gebraucht. Interessanterweise haben Selenskyj und Putin im April 2022 eine Einigung erzielt. Und es waren die Europäer, zusammen mit der Biden-Regierung, die Selenskyj zur Aufgabe dieser Vereinbarung mit Putin drängten. Wir Europäer sind für den Tod von Zehntausenden, wenn nicht Hunderttausenden von Menschen verantwortlich.

Lassen Sie uns also eines klarstellen: Das menschliche Interesse besteht in der Beendigung dieses Krieges. Beide Seiten werden bei allen Verhandlungen auf bessere Bedingungen drängen. Das ist normal. Es könnte nicht anders sein. Ich höre also nicht auf die Worte Putins, noch auf die Worte Selenskyjs. Was ich jedoch weiß, ist, dass auf jeden Waffenstillstand, auf den eine Art Quasi-Friedensvertrag oder das Einfrieren des Konflikts folgt, eine Antwort auf die Frage gegeben werden muss, was an der Kontrolllinie, was an der Trennungsstelle, nennen wir sie die neue Grenze, passiert. Nun, die Koalition der Willigen, von der Macron, die Deutschen und die Briten sprechen, ist die Philosophie der Militarisierung der Kontrolllinie, mit einer riesigen Armee auf jeder Seite dieser Kontrolllinie. Die Russen haben eine Million Soldaten, die Ukrainer haben eine Million Soldaten plus/minus, und die Europäer wollen noch einmal 100.000 Soldaten auf ukrainischer Seite hinzufügen. Wozu? Mit welchem Ziel? Stellen Sie sich vor, Sie wären der französische, deutsche oder britische Befehlshaber von 10.000 Soldaten in der Ukraine. Was würden Sie tun? Würden Sie auf die Russen schießen, wenn sie auf Sie schießen? Würden Sie als Großbritannien einen Krieg mit Russland beginnen? Ohne die NATO? Das wäre Wahnsinn. Die einzige Lösung, wenn es zu einer Einigung kommen sollte, und ich hoffe, dass es dazu kommt, ist die Entmilitarisierung. Das Gegenteil der Koalition der Willigen.

Denken Sie übrigens daran, dass diese Menschen nicht einmal die Macht der Sprache verstehen. Die Koalition der Willigen war George W. Bushs Ausdruck für das Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das die Invasion des Irak darstellte, und sie wollen denselben Ausdruck verwenden, um ihren eigenen besonders gefährlichen und lächerlichen Vorschlag zu beschreiben. DiEM25, unsere Bewegung, sagt ganz einfach: Jedes Abkommen sollte eine Kontrolllinie mit mindestens 200, 300 Kilometern auf jeder Seite einer vollständig entmilitarisierten Zone enthalten. Und dann können Sie Beobachter der Vereinten Nationen hinzuziehen. Aber Millionen von Soldaten, die bis an die Zähne bewaffnet sind und über Atomwaffen verfügen – einige von ihnen – das ist kein Friedensvertrag, für den es sich zu kämpfen lohnt. Beenden wir also diesen Krieg. Entmilitarisieren wir nicht die Ukraine, sondern das Konfliktgebiet. Akzeptieren wir, dass ein ganzes Gebiet im Donbass umkämpftes Terrain ist. Es ist ein bisschen wie in Nordirland. Genauso wie in Nordirland, wo es auf demselben Gebiet irische Nationalisten, katholische und protestantische Loyalisten gab, die sich jahrelang gegenseitig umbrachten. Und was war die Lösung? Das Karpfentagsabkommen.

Einen Weg zu finden, das Zusammenleben zu formen, sie dazu zu bringen, gemeinsam jedes Dorf, jede Region, sogar das Regionalparlament zu regieren. Das wäre vernünftig, aber was ich sehr befürchte, ist die Europäische Union, sobald sie sich für die giftige Politik eines Krieges auf ewig einsetzt, denn wie unsere europäischen Staats- und Regierungschefs sagten, wird dieser Krieg erst mit dem Sturz Putins enden, wenn Moskau effektiv eingenommen wird, aber wer wird Moskau einnehmen? Die Ukrainer? Da die Europäer so feige waren, dass sie ihnen Waffen schickten, aber nicht an ihrer Seite kämpften. Als sie sich also auf diese absurde Position einließen, erscheint Donald Trump auf der Bildfläche und beschließt aus seinen eigenen Gründen, sich auf China zu konzentrieren. Russland ist ihm gleichgültig. Er will diesen Krieg für seine eigenen Zwecke, seine eigenen Geschäftsinteressen beenden, und die Europäer sagen jetzt: Moment mal, nein, nein, wir müssen diesen Krieg fortsetzen. Sie können diesen Krieg nicht fortsetzen, sie haben nicht das Geld, sie haben nicht die Waffen, sie haben nicht die Satelliten, sie haben gar nichts. Europa zeigt also wieder einmal, dass es dieser dumme Kontinent auf der Welt ist, der kluge Erwachsene braucht, die zusammenkommen und Lösungen erarbeiten.

ZR: Ich möchte das Interview mit Gaza beenden, wo seit Beginn der israelischen Offensive am 7. Oktober 2023 mehr als 50.846 Zivilisten getötet wurden. Als Trump sein Amt antrat, keimte Hoffnung auf, insbesondere da er im Januar eine Schlüsselrolle bei der Aushandlung eines Waffenstillstands zwischen der Hamas und Israel spielte. Seit der Waffenstillstand jedoch im März scheiterte, hat Israel seinen Angriff mit noch größerer Gewalt wieder aufgenommen, wobei in nur wenigen Wochen etwa 1.500 Zivilisten getötet und weitere 140.000 vertrieben wurden. Am 23. März tötete die israelische Armee 15 palästinensische Sanitäter in Rafah. Anfangs versuchte die IDF, dies zu vertuschen, indem sie die Leichen vergrub. Nachdem die Leichen jedoch gefunden wurden, behauptete die IDF, die Krankenwagen hätten keine ordnungsgemäßen Notfallmarkierungen gehabt und seien in verdächtiger Weise vorgefahren. Später tauchten jedoch Videobeweise auf, die zeigten, dass die Fahrzeuge ganz klar mit blinkenden Notlichtern und medizinischen Logos gekennzeichnet waren und keine unmittelbare Bedrohung bestand. Zudem eröffneten die israelischen Streitkräfte ohne Grund aus nächster Nähe das Feuer. Unterdessen hat der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu erlassen. Westliche Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch sind ebenfalls zu dem Schluss gekommen, dass Israel einen Völkermord begeht, aber dennoch geht der Angriff auf Gaza mit voller Unterstützung wichtiger westlicher Mächte, insbesondere Deutschlands und der Vereinigten Staaten, weiter. Inzwischen sagen viele voraus, sollte der Internationale Gerichtshof zugunsten des Völkermordverfahrens Südafrikas gegen Israel entscheiden, würden wir vielleicht keine Gerechtigkeit erleben, sondern vielmehr den Zusammenbruch der internationalen Rechtsprechung selbst. Die Befürchtung ist, dass der Westen das Urteil nicht nur ignorieren, sondern aktiv an seiner Untergrabung arbeiten wird, wie es die USA derzeit mit der Sanktionierung des Internationalen Strafgerichtshofs tun. Was glauben Sie, wie die Zukunft des internationalen Rechtssystems aussieht, an dessen Aufbau der Westen nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs selbst maßgeblich beteiligt war?

YV: Der Westen hat bewiesen, dass ihm das Völkerrecht gleichgültig ist. Es ist ihm lediglich dann wichtig, sofern es seinen Interessen dient. Völkerrecht gilt jedoch entweder für alle oder für niemanden. Und der Westen macht sich nun mitschuldig am Völkermord und hat jegliche Glaubwürdigkeit, die er als Verfechter des Völkerrechts hatte, völlig zunichte gemacht. Wenn wir im Jahr 1938 leben würden, hätten wir alle nur eine Pflicht, nämlich die Juden zu verteidigen, die von den Nazis verfolgt werden. Nach der Reichspogromnacht wäre es unsere einzige Pflicht, die Juden zu verteidigen. Heute ist es unsere Pflicht, die Palästinenser zu verteidigen und den Völkermord zu verurteilen. Und meine Frage an deutsche Freunde, die sagen: „Oh, aber wir können uns nicht gegen Israel wenden“, lautet: Wie viele Ströme palästinensischen Blutes braucht ihr noch, um eure Hände von der Schuld am Holocaust reinzuwaschen?

ZR: Yanis Varoufakis, weltbekannter Wirtschaftswissenschaftler und Bestsellerautor, vielen Dank, dass Sie sich heute Zeit genommen haben.

YV: Danke.

ZR: Und vielen Dank für Ihr Interesse. Wenn Sie unseren Kanal regelmäßig anschauen, unterstützen Sie uns bitte mit einer Spende. Wir sind eine unabhängige Medienorganisation, die keiner politischen Partei oder keinem Politiker nahesteht. Wir nehmen kein Geld von Konzernen oder Regierungen an, um Ihnen Informationen frei von jeglichem externen Einfluss bieten zu können. Die Links zu all unseren Spendenplattformen finden Sie in der Beschreibung dieses Videos weiter unten. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und fürs Zuschauen. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail: PayPal@acTVism.org
g

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVis>
m

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org